



Schleswig-Holsteinischer Landtag  
**Europaausschuss**  
- L 214 -

Kiel, 1. Juli 2011  
Landeshaus  
Tel. (0431) 5300 1142  
(0431) 5300 1152  
Fax (0431) 5300 4 1180  
Europaausschuss@landtag.ltsh.de

## ***K u r z b e r i c h t***

*über die*

### *30. Sitzung des **Europaausschusses***

*am Donnerstag, dem 30. Juni 2011,  
im Sitzungszimmer 139 des Landtages*

Beginn: 13:20 Uhr

Nach einer Diskussion kam der Europaausschuss überein, den Entwurf einer **Resolution für die 20. Ostseeparlamentarierkonferenz** mit einigen Änderungen den Delegierten für die Ostseeparlamentarierkonferenz zur weiteren Abstimmung mit auf den Weg zu geben.

Der Ausschuss kam ferner überein, die Abstimmung einer **Resolution für das 9. Parlamentsforum Südliche Ostsee** der schleswig-holsteinischen Delegation zu überlassen. Nach einer Diskussion einigte er sich darauf, sich in einer der kommenden Sitzungen mit dem Verfahren zur Erstellung des Resolutionsentwurfs erneut zu befassen.

Zum Antrag der Fraktionen von CDU und FDP betr. **Sicherheit von Kinderspielzeug weiter verbessern**, [Drucksache 17/1083](#), Buchst. b und c, und dem dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1201](#), Buchst. b bis d, sowie dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betr. **Kinder vor Gefahren durch gesundheitsgefährdendes Spielzeug wirksam schützen**, [Drucksache 17/1138](#), Buchst. b bis g, beschloss der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sich dem Votum des mitberatenden Sozialausschusses an den federführenden Umwelt- und Agrarausschuss anzuschließen.

Der Ausschuss beschloss, zur Mitteilung der Kommission: **EU-Rahmen für nationale Strategien zur Integration der Roma bis 2020 (KOM(2011) 173 endgültig) - Konsultationsbeitrag im Rahmen des AdR-Subsidiaritätsnetzwerkes**, am Konsultationsverfahren teilzunehmen und die Landesregierung und die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) zu bitten, eine Vorlage für die Beantwortung des Fragebogens zu erarbeiten. Daran anschließend sollen sich die europapolitischen Sprecher im Umlaufverfahren auf die endgültige Version verständigen.

Abg. Funke beantragte, dass im Ausschuss über den Aspekt der Wahrung der Subsidiarität durch

den Vorschlag einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Energieeffizienz und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/22/EG (KOM(2011) 370 endgültig) berichtet werden solle.

Zudem beschloss der Ausschuss, am 17. August 2011, um 10 Uhr, eine Sondersitzung durchzuführen.

Schluss: 14:20 Uhr

gez. Thomas Wagner